

## Haushaltsrede anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2010 am 27.11.2009

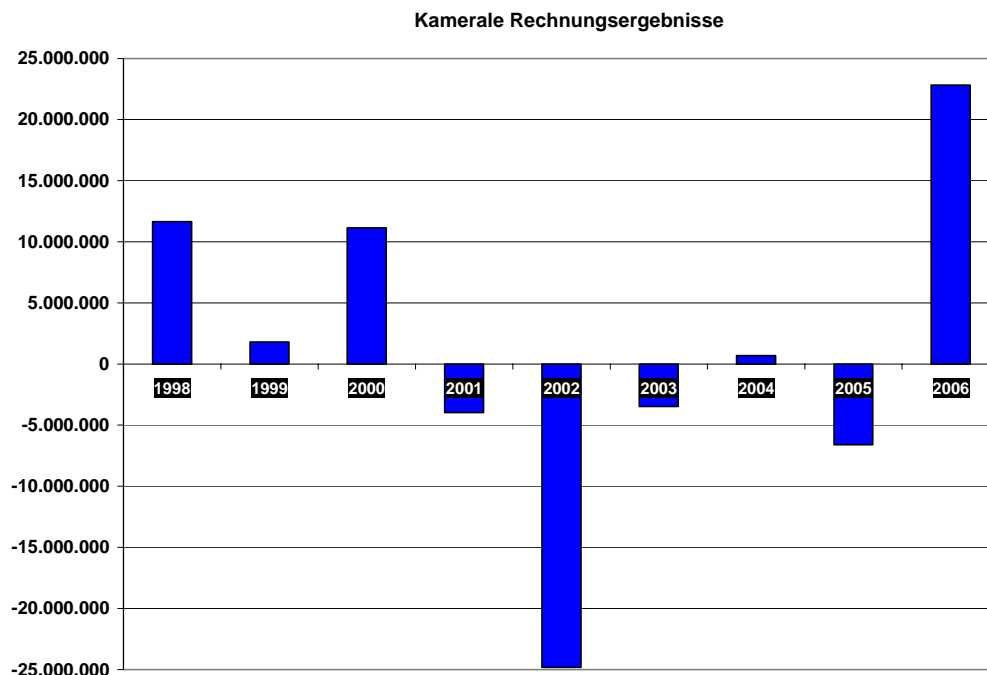
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir müssen Ihnen heute einen Haushaltsentwurf vorlegen, der einen Tiefpunkt der haushaltswirtschaftlichen Lage der Stadt Gütersloh darstellt.

Dabei ist es kein Trost, dass sich Bund, Länder und Kommunen insgesamt in dieser schwierigen Lage befinden; es zeigt nur, wie dramatisch und im Moment auch unabänderlich die Situation der öffentlichen Haushalte ist.

Wir müssen Steuern und Gebühren erhöhen und damit unsere Bürger und Gewerbetreibende spürbar belasten. Gleichzeitig reduzieren wir unsere freiwilligen Leistungen und Zuschüsse und schränken damit unsere Angebote gegenüber den Bürgern ein. Trotz dieser Maßnahmen verbleibt ein Defizit im Ergebnisplan von 26,9 Mio. € und erreicht damit eine nie gekannte und bisher auch nicht für möglich gehaltene Größenordnung. Innerhalb kürzester Zeit hat sich damit die finanzielle Lage der Stadt Gütersloh verdüstert. Wie ist es dazu gekommen, vor allem so schnell und so gravierend?

Ausgangspunkt unserer finanziellen Lage ist ein im Grunde schon seit vielen Jahren bestehendes strukturelles Defizit, welches nur in vereinzelt Jahren durch besonders günstige Steuerentwicklungen vermieden werden konnte. So war auch schon zu kamerale Zeiten in den Jahren 2001 bis 2003 und 2005 der Haushaltsausgleich nur durch Zuführungen vom Vermögenshaushalt zum Verwaltungsausgleich möglich.

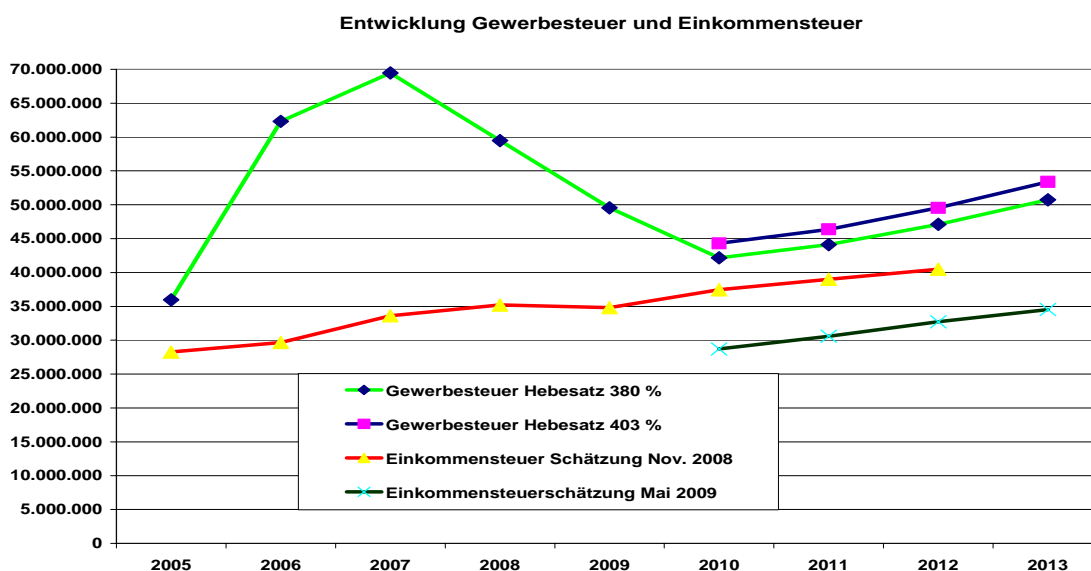


Die Zuführungen bewegten sich allerdings in den Jahren 2000 bis 2005 mit durchschnittlich 4,5 Mio. € in einer ganz anderen Dimension als heute. Auch bei einer Stadt mit einer gesunden Wirtschaft ohne besondere strukturelle Belastungen kam man allenfalls mit den Einnahmen gerade so hin. Dies zeigt die, gemessen an ihren Aufgaben, zu knappe Finanzaus-

stattung der nordrhein-westfälischen Kommunen auf. Immerhin konnten wir in Gütersloh unseren Bürgern und unserer Wirtschaft mit weit unter dem Durchschnitt liegenden Hebesätzen lange Jahre günstige Steuerbedingungen bieten, die für nordrhein-westfälische Städte unserer Größenordnung einzig waren. Von 76 Städten der Größenklasse über 50.000 Einwohner hat mit Stand vom 31.03.2009 lediglich noch eine weitere Stadt einen Gewerbesteuerhebesatz von unter 400 Prozentpunkten, bei der Grundsteuer B liegt der Hebesatz von Gütersloh in dieser Vergleichsgruppe mit Abstand am niedrigsten.

Mit Umstellung auf das NKF kam von einem Jahr auf das andere nicht zahlungswirksamer Mehraufwand in Form von Nettoabschreibungen und Pensionsrückstellungen in einer Größe von ca. 13 Mio. € auf uns zu, der den Haushaltsausgleich erschwerte. Dass dies im 1. NKF-Jahr 2007 nicht sofort ins allgemeine Bewusstsein drang, lag an den außerordentlich hohen Steuereinnahmen des Jahres 2007. **Bereits im Jahr 2008, bei immer noch ordentlichen Steuereinnahmen, war ein Haushaltsausgleich nicht mehr zu erreichen und die Mittelfristplanung mahnte dringenden Handlungsbedarf an.** Rat und Verwaltung haben sich zügig diesen Anforderungen gestellt und mit dem von Rödl und Partner begleiteten Haushaltskonsolidierungsprozess Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltssituation beschlossen und die Umsetzung eingeleitet. Das seinerzeit formulierte **Konsolidierungsziel von 13 Mio. €** ist mit beschlossenen Maßnahmen in Höhe von knapp 11 Mio. € nicht ganz erreicht worden, aber immerhin man wählte sich auf einem gutem und soliden Weg.

Dann kam die Finanz- und Wirtschaftskrise und was man infolgedessen schon ahnen aber zunächst noch nicht bemessen und beziffern konnte, wurde mit der Steuerschätzung im Mai 2009 zu einer harten Gewissheit: die Steuereinnahmen des Jahres 2009 aber noch mehr die des Jahres 2010 und folgende brechen massiv weg. **Ein ausgeglichener Haushalt ist weiter entfernt denn je.** Das Schaubild zeigt die erwartete Entwicklung der Einkommenssteuerbeteiligung auf der Basis der Steuerschätzungen von Nov. 2008 und Mai 2009 sowie der Gewerbesteuer mit und ohne Hebesatzsteigerung.



Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, dass es trotz aller Sparbemühungen immer wieder neue Aufwandssteigerungen gibt, die uns von dritter Seite vorgegeben werden und die wir nicht beeinflussen können. An dieser Stelle seien hier für den Haushalt 2010 nur die Erhöhung der Kreisumlage um 1 Mio. €, der Tarifabschluss für die Erzieherinnen mit Mehrkosten von 500 T€ sowie die Baumaßnahme am ESG mit 1 Mio. € genannt, die - da es sich nicht um städtische Gebäude handelt - im nächsten Jahr in voller Höhe aufwandswirksam wird.

Bei den im Folgenden genannten Einzelzahlen berücksichtige ich die neueste Entwicklung, insbesondere aufgrund der Steuerschätzung vom 5. November 2009 und der 2. Proberech-

nung zum Gemeindefinanzierungsgesetz. Diese Zahlen konnten noch nicht in den Haushaltsband eingearbeitet werden, der Ihnen nachher ausgehändigt wird. Es handelt sich allerdings auch nicht um entscheidende Veränderungen:

- Die Einkommenssteuerbeteiligung für das Jahr 2010 sinkt auf Basis der Steuerschätzung vom November gegenüber dem Jahr 2009 um 4,5 Mio. €. Weitere Verminderungen, die sich wahrscheinlich durch Entscheidungen der neuen Regierungskoalition in Berlin ergeben, sind hierbei noch nicht berücksichtigt und stellen ein zusätzliches Risiko dar.
- Nach unseren Prognosen sinken die Einnahmen aus der **Gewerbsteuer** im Jahr 2010 um 5,2 Mio. €. Dabei ist sowohl die im Haushaltskonsolidierungsprozess Rödl und Partner bereits im Grundsatz beschlossene Hebesatzsteigerung auf 395 Prozentpunkte eingearbeitet sowie eine weitere Hebesatzsteigerung auf den fiktiven Hebesatz von **403 Prozentpunkten**, zu der wir uns aufgrund der Haushaltslage gezwungen sehen. Ohne Hebesatzsteigerungen würden die Gewerbesteuererinnahmen sogar um 7,4 Mio. € zurückgehen.
- Für die **Grundsteuer A und B** müssen wir Ihnen ebenfalls zur Einnahmeverbesserung Steigerungen auf die fiktiven **Hebesätze von 195 bzw. 381 v. H.** vorschlagen. Als konjunkturunabhängige Steuer ergeben sich daraus Mehreinnahmen von 3,1 Mio. €.

Noch ein Wort zu den beabsichtigten und teilweise schon beschlossenen Steuer- und Gebührenerhöhungen. Ich hatte es schon gesagt, Gütersloh konnte in den vergangenen Jahren seinen Bürgern und Wirtschaftsunternehmen gemessen an der Größe und damit der Funktion und Aufgabenstellung unserer Stadt einmalig niedrige Steuersätze bieten. Erhöhungen sind nunmehr unumgänglich. Es bleibt aber gleichwohl dabei, dass sich die Hebesätze in Gütersloh damit immer noch am unteren Rand der Vergleichsätze bewegen. Der Unternehmerverband hat dies gewürdigt und auch den Bürgern muss dies immer wieder gesagt werden. Persönlich bin ich allerdings der Auffassung, dass damit die für Gütersloh angemessene Grenze auch erreicht ist. Man darf sich nämlich nicht nur mit gleichgroßen oder größeren Kommunen vergleichen, sondern es spielt natürlich auch der Vergleich mit kleineren Kommunen im näheren Umfeld eine Rolle.

- Ich kehre zurück zu anderen Einnahmepositionen. Die Schlüsselzuweisungen sinken von 13,9 Mio. € im Jahr 2009 auf nach neuesten Zahlen nur noch 2,7 Mio. € für das Jahr 2010. Ursache dafür ist, dass sich in der zurückliegenden Referenzperiode die Steuerkraft in Gütersloh im Vergleich zu anderen Städten positiver entwickelt hat. Darüber hinaus ist die Verbundmasse insgesamt zurückgegangen. Mit diesen geringen Schlüsselzuweisungen sind wir trotz des großen Steuerrückgangs fast abundant. Dies zeigt auch auf und dies bestätigen auch Gespräche mit Kämmerern anderer Städte, dass die Situation anderswo noch dramatischer ist. Für mich ist dies auch ein Indiz dafür, dass wir mit Hilfe vom Land auch zukünftig nicht rechnen sollten. Wir müssen selbst einen Ausweg aus dieser Lage finden.
- Die um 1 Mio. € gestiegene Kreisumlage hatte ich bereits erwähnt. Sie steigt nicht nur absolut stetig an, sondern frisst auch relativ einen immer größeren Anteil an unseren freien Einnahmen auf. Dabei richtet sich meine Kritik nicht in erster Linie an den Kreis. Dieser ist letztlich in der gleichen Situation wie die Städte. Immer mehr gesetzliche Aufgaben mit stetig steigenden Kosten sind bei unauskömmlicher Finanzausstattung zu bewältigen. Abhilfe können dafür nur Bund und Land schaffen.
- Insgesamt sinkt damit der Überschuss des Finanzbudgets von 63,3 Mio. € um 17,0 Mio. € auf nur noch 46,3 Mio. €, dies sind 27 %. Bekanntlich muss dieser Überschuss alle Aufwendungen in den Fachbereichsbudgets decken, die nicht durch spe-

zifische Erträge wie Gebühren, Beiträge, Entgelte oder Zuwendungen gedeckt sind. Ohne die vorgesehenen Steuererhöhungen würde der Überschuss des Finanzbudgets nur 41 Mio. € betragen oder in Prozentsätzen ausgedrückt um 35 % sinken. Dies kann niemand mehr auffangen.

- Trotz aller Sparbemühungen steigt aber auch in diesem Jahr zusätzlich die Aufwandsseite um 3,6 Mio. €. Davon machen aber alleine die bilanziellen Abschreibungen 1,4 Mio. € und die Transferaufwendungen fast 2 Mio. € aus, während der Personalaufwand nur geringfügig um 140 T€ steigt und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um fast 600 T€ sinken. Ich hatte bereits vorhin erwähnt, dass allein der Tarifabschluss für die Erzieherinnen mit Mehrkosten von 500 T€ zu Buche schlägt. Sie sehen daraus, dass die übrigen Personalkosten sinken.
- Insgesamt enthält der Haushaltsentwurf 2010 Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 11,9 Mio. €, davon 8 Mio. € aus dem Konsolidierungsprogramm Rödl und Partner und weitere 3,9 Mio. €, die die Verwaltung im Herbst dieses Jahres erarbeitet hat. Frau Bürgermeisterin Unger wird Ihnen dazu gleich Näheres ausführen. Wir haben die Maßnahmen auch in einer Liste zusammengefasst, die Ihnen zusammen mit dem Haushaltsband vorgelegt wird. Bei dem verbleibenden gewaltigen Defizit von 26,9 Mio. € könnte man auf die Idee kommen, dass alle Konsolidierungsanstrengungen vergeblich waren. Das ist jedoch nicht richtig. Hätten wir nicht gehandelt, läge das Defizit bei über 38 Mio. €. Ich denke die Anstrengungen haben sich schon gelohnt.

Mit dem Defizit von 26,9 Mio. € werden wir im Laufe des Jahres 2010 die Ausgleichsrücklage aufbrauchen. Ab dann vermindern weitere Defizite die allgemeine Rücklage. Das bilanzielle Eigenkapital wird ab 2011 dann Stück für Stück verzehrt. Kommunen, die in diese Situation kommen, müssen ab einer gewissen Größenordnung der Defizite ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Die gesetzliche Regelung dazu besagt, dass dann ein HSK der Aufsichtsbehörde mit dem beschlossenen Haushalt vorzulegen ist, wenn in der Mittelfristplanung absehbar ist, dass es in zwei aufeinanderfolgenden Jahren zu einer Verminderung der allgemeinen Rücklage um jeweils mehr als 5 % kommt. Bei ca. 300 Mio. € Eigenkapital liegt die jährliche HSK-Defizitgrenze für die Stadt Gütersloh bei rund 15 Mio. €. Nach dem Ihnen heute vorgelegten Haushaltsentwurf wird diese Grenze in den Jahren 2011 und 2012 überschritten und zwar im Jahr 2011 mit rd. 10 Mio. und im Jahr 2012 mit rd. 5 Mio. €. Ein Haushaltssicherungskonzept könnte also noch abgewendet werden, wenn es in den Haushaltsberatungen gelänge, das jährliche mittelfristige Defizit um weitere 5 Mio. € zu vermindern. Das darf aber nicht davon ablenken, dass das eigentliche Ziel nach wie vor ein ausgeglichener Haushalt, sprich eine schwarze Null, sein muss.

In der Abschlussanalyse kann man sagen, dass das städtische Defizit von 26,9 Mio. € etwa je zur Hälfte auf der unterdurchschnittlichen Steuerentwicklung und Ausstattung mit Schlüsselzuweisungen beruht und zur anderen Hälfte NKF-bedingt ist, also struktureller Natur ist.

Dies mag eine Erklärung sein, es darf kein Grund sein, die weiteren Konsolidierungsbemühungen einzustellen. Wir müssen sparen, um weiterhin gestalten zu können.

Erlauben Sie mir zum Abschluss einen kleinen Exkurs zur Sinnhaftigkeit des NKF. Das Land Hessen hat am 20.11., also vor wenigen Tagen, als erstes Flächenland eine Eröffnungsbilanz nach kaufmännischen Regeln vorgelegt. Sie weist ein negatives Eigenkapital von 58 Mrd. € aus, also eine hohe bilanzielle Überschuldung. Der Präsident des hessischen Landesrechnungshofes lobte, es gehöre Mut dazu, ein solches schonungsloses realistisches Bild über die Finanz- und Ertragslage abzubilden. Jetzt werde es allerdings darauf ankommen, was man daraus macht. Der hessische Staatssekretärs im Finanzministerium Thomas Schäfer erklärte dazu, ich zitiere: „Die transparente Abbildung der tatsächlichen Vermögens- und Ertragslage wird es dem Hessischen Landtag als Gesetzgeber künftig erlauben, die

ganze Tragweite seiner Entscheidungen zu erkennen und zu bewerten. Das ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt der politischen Handlungsfähigkeit des Staates.“

Ich teile diese Ansichten. Es ist wichtig, transparent offen zu legen, welche Aufwendungen die Kommunen wirklich haben und inwieweit dieser Aufwand durch Steuererträge der heutigen Steuerpflichtigen gedeckt wird oder die Defizite nur in die Zukunft verschoben werden. Die Konsequenz müsste sein, diesen Aufwand massiv zu reduzieren und/oder die Steuern zu erhöhen. Die Erkenntnisse, die das NKF bietet sind aber dann ohne Wert, wenn die politische Kraft und die Möglichkeiten fehlen, dies auch umzusetzen. Die Kommunen müssen im Spagat zwischen Aufgaben und Finanzausstattung auch eine ehrliche Chance haben, einen ausgeglichenen Haushalt erreichen zu können.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

